

FDP-Chef Guido Westerwelle beim Karpfhamer Fest

BAD GRIESBACH (fdp_ndb/jk) – „Nur wer die Liberalen wählt, kann die Große Koalition abwählen und eine Linksregierung verhindern“, sagte FDP-Chef Dr. Guido Westerwelle am Freitag (28.08.09) bei einer Großkundgebung vor rund 2.500 Zuhörern auf dem Karpfhamer Fest in Bad Griesbach.

Die FDP ist nach den Worten Westerwelles Anwalt der Mitte in Deutschland. Denn die Mitte in Deutschland brauche wieder eine starke politische Kraft, die sich für ihre Interessen einsetzt. Seitdem die FDP nicht mehr in der Bundesregierung vertreten ist, sei die Mitte geschrumpft.: In den letzten zehn Jahren seien etwa fünf Millionen Menschen aus der Mittelschicht gerutscht. „Das sind mindestens 5 Millionen Schicksale. Und wenn die Mitte schrumpft, wächst die Ungerechtigkeit in unserem Land.“

Westerwelle fordert ein niedrigeres, einfacheres und gerechteres Steuersystem. Die FDP will nach seinen Worten, dass die Eltern und die Kinder einen angehobenen Grundfreibetrag von jeweils 8000 Euro bekommen, so dass eine vierköpfige Familie mit den anderen Entlastungsmaßnahmen erst ab etwa 40.000 Euro überhaupt Steuern zahlt. „Wir wollen, dass die Steuertarife abgeflacht werden, also der kalten Progression entgegen getreten wird.“

„Das ist lecker“, genoss Westerwelle den ersten Schluck aus dem Maßkrug. Genussvoll setzte er sich mit der politischen Konkurrenz auseinander. Im voll besetzten Bierzelt schonte er weder die bayrische CSU mit Ministerpräsident Horst Seehofer („Verspricht allen alles“) und die Kanzlerin Angela Merkel. Ulla Schmid von der SPD bekam nicht nur wegen der Dienstwagenaffäre ihr Fett weg. Sie plane für 12 Milliarden Euro ein staatlich gelenktes Gesundheitssystem.

Auf's Korn nahm Westerwelle die Abwrackprämie der Großen Koalition. Nach dem Auslaufen der Abwrackprämie sei mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Automobilbranche zu rechnen. „Wer sich heuer ein Auto zulegt, kauft sich nächstes Jahr nicht wieder eines.“ Die Abwrackprämie koste den Steuerzahler rund 5 Milliarden Euro. Wenn es darum gehe, Geld für die Bildung auszugeben, heiße es, es gebe kein Geld. „Deutschland hat keine Rohstoffe unter den Beinen, dafür sitzt der Grips zwischen den Ohren.“

In Sachen Bürgerrechte setzte es Kritik gegen den gläsernen Bürger: Der Zugriff der Amerikaner auf europäische Daten, die lange Speicherung der Telefonverbindungen sei nicht in Ordnung. „Unbescholtene Bürger dürfen nicht von vorneherein unter Generalverdacht genommen werden.“ Während der Staat bei der Bildung die Bürger und Familien zu oft allein lässt, rückt er ihnen bei der Privatsphäre immer mehr auf die Pelle.

Westerwelle kritisierte die in den letzten Jahren an China gezahlten rund 500 Millionen Euro Entwicklungshilfe, das wirtschaftlich dabei ist, Deutschland zu überholen. „Welcher Unternehmer ist so blöd, seinem Mitbewerber zu sponsern, damit er auch noch überholt wird.“

Weitere Redner waren der stellvertretende bayerische Ministerpräsident Martin Zeil, MdB Dr. Max Stadler und der Landtagsabgeordnete Dr. Franz X. Kirschner.